

PROJEKTBERICHT
September 2018



KoBra
Kooperation Brasilien

Urbane Entwicklungen
Schwerpunkt: Das extreme
Ausmaß der Gewalt
von Jan Erlen



PROJEKTBERICHT
September 2018
Urbane Entwicklungen
von Jan Erler

INHALTSVERZEICHNIS

Aktuelle Entwicklungen in Brasilien.....	2
Präsidentschaftswahlkampf: Proteste für Lula und Wechsel des PT-Kandidaten	2
Protestaktionen gegen Jair Bolsonaro.....	3
60 Kandidat*innen gegen Rechtsverletzungen bei erzwungenen Räumungen.....	5
Temer erlässt Dekret zum Outsourcing im öffentlichen Sektor.....	6
Lutheranische Pfarrer*in und Professorin bedroht nach Verteidigung von Bürgerrechten.....	6
Firma Fraport in Brasilien weiter unter Kritik.....	7
Schwerpunktthema: Das extreme Ausmaß der Gewalt	8
Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales	12
Aktionen Kampagnen Veranstaltungen	12
Kommende Veranstaltungen.....	14

Aktuelle Entwicklungen in Brasilien

Präsidentenwahlkampf: Proteste für Lula und Wechsel des PT-Kandidaten

Der frühere Präsident Luiz Ignácio Lula da Silva hat sich aus dem Wahlkampf zurück gezogen, um seinen PT-Kollegen Fernando Haddad als seinen Ersatzmann ins Rennen um die Präsidentschaft zu schicken. Die Entscheidung erfolgte zwei Wochen nachdem Brasiliens Oberstes Wahlgericht entschied, dass er nicht zur Wahl zugelassen wird.

Vorangegangen war eine turbulente Wahlkampagne dominiert von Lulas Rechtsstreit um seine Zulassung als Wahlkandidat trotz 12-jähriger Haftstrafe. Zudem wurde auf seinen härtesten Konkurrenten, den extrem Rechten Jair Bolsonaro, der laut Wahlumfragen an zweiter Stelle hinter Lula lag, ein Messerattentat verübt. Lula führte in Umfragen mit über 30% der Stimmen.

Im August protestierten landesweit mehrere Zehntausende für die Freilassung des ehemaligen Präsidenten. Am 13. August fanden im Rahmen eines erklärten „Tag der internationalen Mobilisierung für Lula“ an vielen Orten auf der Welt Solidaritäts-Demonstrationen, unter anderen in London, New York, Washington, Boston, Montreal, Paris, Genf, Panamá, Johannesburg, Havanna, Wien und Buenos Aires¹. Beim Marcha Nacional Lula Livre blockierten am 15. August Tausende Demonstrant*innen für die Kandidatur Lulas in Brasília eine der Achsen der Esplanada dos Ministérios. Angeführt wurde die Aktion von einer Kette aus Demonstrierenden der Landlosenbewegung MST². Zum Abschluss des Protestmarsches sollen zwischen 10.000 (laut Polizeiangaben) und 50.000 (laut Organisatoren) Demonstrierende vor dem Obersten Wahlgericht (TSE) in Brasília gewesen sein, um die PT-Kandidatur Lulas auf das Präsidentenamt registrieren zu lassen³.

Sieben Aktivist*innen verschiedener sozialer Bewegungen waren gar in Brasília für die Freilassung Lulas in einen Hungerstreik getreten, den sie nach 26 Tagen am 25. August beendeten. Bei Beendigung ihres Hungerstreiks veröffentlichten sie ein Manifest, in dem sie darauf hinwiesen, dass der Streik zum Kampf gegen den Putsch von 2016 und dessen weiteren Verlauf beigetragen hat⁴.

Wenige Stunden vor der Deadline für die Registrierung der Kandidaten der Präsidentenwahlen versammelten sich am 11. September Senior-Mitglieder der PT vor der Polizeistelle, wo Lula seine 12-jährige Haftstrafe wegen Korruption absitzt. Dort verlas der PT-Gründer Luiz Eduardo Greenhalgh einen Brief, den Lula in seiner Zelle geschrieben hatte.

Darin betonte er seine unrechtmäßige Inhaftierung und bat alle, die ihn wählen wollen, ihre Stimme für das Präsidentenamt an seinem Parteifreund Fernando Haddad zu geben. Danach registrierte die PT innerhalb weniger Stunden Haddad als neuen Kandidaten und Ersatz für Lula.

Die PT hofft, dass die Personen, die vorhatten Lula zu wählen, nun für Haddad stimmen. Meinungsforscher schätzen, dass mindestens etwa zwei Drittel der Lula-Wähler*innen seinen

¹ <https://www.brasildefato.com.br/2018/08/13/dia-internacional-de-mobilizacao-por-lula-livre-tem-atos-por-todo-o-mundo-confira/>

² <https://exame.abril.com.br/brasil/protesto-pro-lula-bloqueia-um-dos-eixos-da-esplanada-dos-ministerios/>

³ https://brasil.elpais.com/brasil/2018/08/15/politica/1534351796_265000.html

⁴ <https://www.brasildefato.com.br/2018/08/25/apos-26-dias-militantes-poem-fim-a-greve-de-fome-e-destacam-conquistas/>

Ersatzmann beerben. Das würde ausreichen, um die Stichwahl am 28. Oktober ins Präsidentenamt zu erreichen⁵.

Auf der anderen Seite ist der 55-jährige Haddad außerhalb von São Paulo, wo er von 2013-2017 Bürgermeister war, relativ unbekannt, insbesondere im Nordosten, wo Lula traditionell sehr viele Unterstützer*innen hat. In den TV- Wahlsports der PT wurden Lula und Haddad jeweils die gleiche Zeitmenge eingeräumt. Zudem übernahm die PT den Slogan „Haddad ist Lula“ als klares Signal dafür, dass Lula aus dem Rennen ist, jedoch für Millionen noch immer als beliebtester Politiker des Landes gilt⁶.

Am 7.Oktober wird die erste Wahlrunde sein. Nach der letzten Umfrage, veröffentlicht von IBOPE am 26.September, führt Jair Bolsonaro der extrem rechten PSL mit 26% der Wählerstimmen. Fernando Haddad liegt mit 21% an zweiter Stelle. Er hat gegenüber vorangegangener Umfragen (11.September: 8%) deutlich an Wählergunst gewonnen. Viele vermuten, dass beide Kandidaten in die Stichwahl kommen.

Die IBOPE-Umfrage (veröffentlicht 26.September) suggeriert folgende Resultate für die Top Five der Kandidat*innen⁷ für die Präsidentschaft:

- Jair Bolsonaro (extreme Rechte, PSL): 26%
- Fernando Haddad (Arbeiter Partei, PT): 21%
- Ciro Gomes (Mitte-links, PDT): 12%
- Geraldo Alckmin (Mitte-rechts, PSDB): 8%
- Marina Silva (grün, Rede): 6%

Protestaktionen gegen Jair Bolsonaro

In Brasilien und international wächst der Protest gegen den extrem rechten Präsidentschaftskandidaten Jair Bolsonaro. Beobachter*innen befürchten, der ehemalige Armeegeneral könne, sollte er als Sieger der Wahlen im Oktober hervorgehen, das Land in eine neue Diktatur unter einem Militärregime führen. Mit Bolsonaros früherer Befürwortung der Militärdiktatur, seinen rassistischen, sexistischen und homophoben Äußerungen sowie seinen Aufrufen zur Gewalt an politischen Gegner*innen stellt seine Kandidatur für das Präsidentenamt eine der größten Herausforderungen für Brasiliens demokratische Institutionen dar⁸.

Am 6. September wurde Bolsonaro bei seiner Wahlkampftour in Juiz de Fora, MG, auf offener Straße mit einem Messer niedergestochen. Der Täter, Adélio Bispo de Oliveira, teilte der Polizei später mit, dass er im Auftrag Gottes gehandelt habe⁹. Expert*innen befürchten, dass das Attentat die

⁵ <http://www.taz.de/!5521302/>

⁶ <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-45482160>

⁷

https://public.flourish.studio/visualisation/106455/?utm_source=showcase&utm_campaign=visualisation/106455

⁸ https://www.huffingtonpost.com/entry/jair-bolsonaro-antonio-mourao-brazil-military-dictatorship_us_5b9836a7e4b0162f4731c0ba

⁹ https://www.huffingtonpost.com/entry/brazil-jair-bolsonaro-presidential-election_us_5b92b5bae4b0511db3e1fdad

Unterstützung Bolsonaros für die Präsidentschaft verstärkt, da der Vorfall das Thema öffentliche Sicherheit und Gewaltverbrechen bei der Wählerschaft ins Gedächtnis rufe. Bolsonaros „Law and Order“ Image kommt ihm dabei zugute. Seit Wochen liegt er in Wahlumfragen an der Spitze.

Vor dem Hintergrund der misogynen Äußerungen Bolsonaros erzielte die Facebook-Gruppe „Mulheres Unidas contra Bolsonaro“ innerhalb von 24 Stunden mehr als 600.000 Mitglieder¹⁰. Bekannte Sängerinnen Brasiliens widmeten ihre Stimme einer Social Media-Kampagne mit dem Hashtag #EleNão oder #NotHim. Am 28. September postete auch Popstar Madonna bei Instagram in ihren „stories“ das Hashtag #EleNão. Sie hat dort etwa 12,1 Millionen Follower hat. Darin zeigt ein Bild die Sängerin mit einem Klebestreifen mit der Aufschrift „freedom“ auf ihrem Mund. Darüber stehen die Sätze: "#EleNão vai nos desvalorizar", "#EleNão vai nos oprimir" e "#EleNão vai nos calar". Der Post wurde einen Tag nach zahlreichen Protestaktionen gegen Bolsonaro in diversen Städten Brasiliens und an anderen Orten der Welt wie Argentinien und den USA gemacht. Frauen machen 52% der Wählerschaft Brasiliens aus und bestimmen den Ausgang der Wahlen entscheidend mit¹¹.



Madonna beteiligt sich an der Kampagne #EleNão gegen Jair Bolsonaro (Reproduktion/Instagram)

In einem Online-Manifest mit dem Titel „Pela democracia, pelo Brasil“ haben über 150 Prominente, Künstler*innen und Unternehmer*innen ihre Sorge über eine mögliche Präsidentschaft Bolsonaros als „deutliche Bedrohung für fundamentale zivilisatorische Errungenschaften“ ausgedrückt. Unterzeichner sind unter anderen Caetano Veloso, Chico Buarque und Gilberto Gil, alle drei politisch engagierte Songwriter, die während der brasilianischen Militärdiktatur zwischen 1964-1985 im Exil in Europa gelebt haben. In der Deklaration heißt es unter anderem: „Es kann nicht oft genug daran erinnert werden, wie in der Geschichte und heute Faschisten, Nazi-Führer und andere autokratische Regime ursprünglich mit dem Versprechen gewählt wurden, Selbstachtung und Glaubwürdigkeit ihrer Nationen zu retten, bevor sie diese den verschiedensten autoritären Exzessen unterwarfen“¹².

¹⁰ <https://www.theguardian.com/world/2018/sep/21/brazilian-women-against-jair-bolsonaro-misogynist-far-right-candidate>

¹¹ https://www.em.com.br/app/noticia/politica/2018/09/28/interna_politica,992565/madonna-entra-em-campanha-contra-bolsonaro.shtml

¹² <http://www.ihu.unisinos.br/78-noticias/583017-manifesto-democracia-sim>

Das Wachstum der extremen Rechten in Brasilien folgt einer weltweiten Tendenz, genährt durch ökonomische Krisen und die Verschärfung von Ungleichheiten. Expert*innen zu Folge hat die Wahl in Brasilien entscheidende Referenzwirkung in Lateinamerika. Ein autoritärer Umschwung im größten demokratischen Land Lateinamerikas hätte somit gravierende Auswirkungen auf die ganze Region und den Rest der Welt¹³.

60 Kandidat*innen gegen Rechtsverletzungen bei erzwungenen Räumungen

Das Thema erzwungene Räumungen besitzt wenig Sichtbarkeit. Dieses Jahr wurden mit dem Einsturz des Gebäudes Wilton Paes de Almeida, Largo do Paissandru, in der Zentralregion São Paulo die Hintergründe von verschiedenen Familien bekannt, die noch im Gebäude waren. Bei ihnen handelte es sich um gewaltsam Vertriebene aus Favelas oder Besetzungen. Offenbart wurden Geschichten des Wohnens, bei denen es sich im Wesentlichen um ein Wandern zwischen Besetzungen und prekären Mitverhältnissen handelte.

Nach Erhebungen des Observatoriums für Räumungen wurden allein in São Paulo und der ABC-Region zwischen 2010 und 2016 fast 300.000 Familien geräumt oder waren von Räumung bedroht. Darüber hinaus wurden seit 2017 in der Paulista-Hauptstadt weitere 14.000 Familien dazu gezwungen, ihr zu Hause zu verlassen, ohne dass ihnen eine Wohnalternative angeboten worden ist¹⁴.

Ein Teil der Räumungen resultiert aus öffentlichen Bauprojekten, die praktisch nie eine definitive Wohnlösung für betroffene Familien und Individuen beinhalten. Mit dem Resultat, dass die Betroffenen eine vorübergehende Unterstützung erhalten, falls sie diese erhalten, die meistens unzureichend zur Deckung ihrer Wohnkosten zu angemessenen Bedingungen ist. In Fällen der Rücküberführung von Besitz durch Private oder staatliche Behörden wird die Situation und das Schicksal der Betroffenen von Gerichten nicht berücksichtigt. Die Regierung bietet den Betroffenen kaum Schutz an, abgesehen vom Recht auf Wohnen, das in der Verfassung steht und dessen Schutz verpflichtend für verschiedene staatliche Institutionen ist.

Im August haben 60 Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zu Präsidentschaft, Senat, Abgeordnetenkammer und gesetzgebende Versammlung aus 10 brasilianischen Bundesstaaten ein Verpflichtungsschreiben unterzeichnet, um Familien und Einzelpersonen vor erzwungenen Räumungen zu schützen. Das Dokument wurde vom Netzwerk gegen Räumungen entwickelt, einem Kollektiv von Bewegungen und Einrichtungen zur Verteidigung des Rechts auf Wohnen.

Seit seiner Veröffentlichung hat das Dokument die Unterstützung von Kandidatinnen und Kandidaten von 8 Parteien (26 von PSOL, 24 von PT, 4 von PCdoB, 2 von REDE, 1 von PSB, 1 von PSDB, 1 von PDT, 1 von PPL). Mehr als die Hälfte der Unterzeichner*innen sind aus São Paulo, wo die Initiative ins Leben gerufen wurde. Aber auch Kandidatinnen und Kandidaten der folgenden Bundesstaaten haben sich bereits dazubekannt: Bahia, Pernambuco, Minas Gerais, Santa Catarina, Distrito Federal, Espírito Santo, Paraná, Piauí, Rio de Janeiro und Goiás.

¹³ <https://www.redebrasilatual.com.br/politica/2018/09/para-lideres-e-intelectuais-eleicao-no-brasil-e-decisiva-para-regiao-e-o-mundo> und https://www.huffingtonpost.com/entry/jair-bolsonaro-antonio-mourao-brazil-military-dictatorship_us_5b9836a7e4b0162f4731c0ba

¹⁴ <http://www.labcidade.fau.usp.br/mais-familias-sem-teto-a-cada-remocao-conheca-o-novo-mapa-das-remocoes-e-ameacas-2017-2018/>

In dem Dokument wird sich unter anderem auf die größtmögliche Vermeidung von Räumungen geeinigt. Bisher ist das nicht gegeben: Viele öffentliche Bauprojekte werden einfach über bewohnte Gebiete wie *assentamentos populares* projiziert, um die Kosten der Enteignung zu sparen. In Fällen, in denen Räumungen unvermeidbar sind, sei es fundamental, dass den betroffenen Personen und Familien Vorschläge für eine definitive Unterstützung angeboten und dass diese Vorschläge mit den Betroffenen diskutiert und abgestimmt werden. Grundlegend sei dabei, die Betroffenen aktiv bei der Festlegung einer Entschädigung, die ihren spezifischen Bedürfnissen entspricht, einzubeziehen.

Weitere Kompromisse in dem Dokument sind die Vermeidung von Gewalt, Schaffung von Mediationsräumen, Garantie des Zugangs zur Rechtsprechung und gleichberechtigte Bedingungen in Gerichtsverfahren¹⁵.

Temer erlässt Dekret zum Outsourcing im öffentlichen Sektor

Präsident Michel Temer hat am 21. September das Dekret 9.507 erlassen, das eine Auslagerung von direkten und autarken Diensten der öffentlichen Verwaltung, Stiftungen, staatlichen Unternehmen und unter der Kontrolle der Bundesregierung stehenden gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften vorsieht. Nur wenige Funktionen wie Verwaltungsaufgaben, Planung, Koordination, Supervision und Kontrolle werden unter der ausschließlichen Kontrolle von staatlichen Beamten bleiben.

Die Maßnahme liberalisiert die Einstellung von Arbeitskräften über Drittunternehmen für alle Strukturen der Union, die nicht mit Entscheidungsfunktionen verbunden sind. Diese Maßnahme wird als Angriff auf den öffentlichen Dienst gesehen.

Das Dekret betrifft unter anderem die Anstellung von Lehrkräften an staatlichen Universitäten, Personal von Petrobras, den staatlichen Banken Caixa Econômica und Banco do Brasil, weiteren staatliche Unternehmen, Häfen und Flughäfen sowie Mitarbeitende in Ministerien.

In den Bestimmungen für die Anstellung ist u.a. vorgesehen, dass die Regierung von jeglicher Verantwortung für eventuelle Entlastungen von Arbeitsverpflichtungen befreit wird, die sich aus Verträgen ergibt, wie im Falle eines Konkurses von Drittunternehmen¹⁶.

Lutheranische Pfarrer*in und Professorin bedroht nach Verteidigung von Bürgerrechten

von Uta Grunert (KoBra)

Kirchliche Institutionen wie Brot für die Welt und ihre Partnerorganisation IECLB (Lutheranische Kirche Brasilien) rufen zur Solidarität mit Menschenrechtsverteidiger*innen in Brasilien auf. Eine Pfarrerin hat sich in einem Symposium öffentlich zu Frauenrechten/gegen die Kriminalisierung von Schwangerschaftsbruch geäußert. Ein Kollege von ihr hat Ex-Präsidenten Lula im Gefängnis besucht. Die Medien berichteten darüber. Es folgten Diffamierung und Todesdrohungen durch

¹⁵ [Sessenta candidatos contra violação de direitos nas remoções forçadas](https://raquelrolnik.wordpress.com/). Unter: <https://raquelrolnik.wordpress.com/>

¹⁶ <http://www.ihu.unisinos.br/78-noticias/583118-temer-promulga-decreto-que-libera-geral-terceirizacao-no-setor-publico>

Rechtsextreme. Inzwischen laufen Verhandlungen über die Aufnahme in ein Menschenrechtsschutzprogramm des Staates Brasilien.

Mutige Kirchenleute und demokratische Rechte sind gefährdet in Brasilien. Und demokratische Rechte ebenfalls. Einschüchterungen und Todesdrohungen nach offenem Bekenntnis und fundiertem Eintreten für Bürger- und Menschenrechte sind keine Seltenheit mehr. Die lutheranische Pfarrerin Lusmarina Campos Garcia aus Rio de Janeiro hatte sich Anfang August in einem Symposium vor dem Bundesgerichtshof öffentlich gegen die Kriminalisierung der Abtreibung positioniert, was von den Medien als qualifizierter Beitrag widergegeben wurde. Nachdem ihre Aussage jedoch als Befürwortung der Abtreibung gedeutet wurde, setzte die Hetze durch rechtsextreme Gruppierungen ein. Man forderte Bestrafung, Disziplinarverfahren, schließlich folgten Morddrohungen. Aus den selben Gründen hatte die Anthropologie-Professorin der Uni Brasilia UnB Débora Dinis vor einem Jahr nach einem Auftritt vor dem Bundesgerichtshof Morddrohungen erhalten. Seither lebt sie verdeckt im Rahmen des staatlichen Schutzprogramms für Menschenrechtsverteidiger*innen. Die brasilianische Pfarrerin Lusmarina Campos Garcia erhielt zwar Rückendeckung von der lutheranischen Stiftung der Diakonie aus Porto Alegre und anderen kirchlichen Institutionen. Dennoch wird derzeit geprüft, ob eine Aufnahme in das Schutzprogramm als notwendig erachtet wird.

Der lutheranische Pfarrer der Synode Nord Catarina (lutheranische Kirche Brasiliens) Ignacio Lemke hatte im Juli Ex-Präsident Lula in Curitiba im Gefängnis besucht. Die beiden kennen sich seit über 30 Jahren. Besuche von Gefangenen sind seelsorgerlich keine Seltenheit. Nach einem Interview Lemkes im Anschluss brach eine Hasswelle über den Pfarrer herein. Da er kurz vor der Pensionierung steht und herzkrank ist, stellt die Situation für ihn ebenfalls eine Gesundheitsbedrohung dar.

Firma Fraport in Brasilien weiter unter Kritik

Über den Konflikt des deutschen Flughafenbetreibers Fraport um den Ausbau des Flughafens in Porto Alegre mit Bewohner*innen der angrenzenden Vila Nazaré hat KoBra bereits in der Vergangenheit berichtet. Im Januar 2018 hatte die Fraport AG den Internationalen Flughafen Salgado Filho in Porto Alegre für 25 Jahre übernommen und Investitionen in Aussicht gestellt. Ausbaupläne beinhalteten die Erweiterung der Landebahn für größere Flugzeuge. Dafür sollen die 2.100 Familien der angrenzenden Siedlung Vila Nazaré zwangsumgesiedelt werden. Ein Großteil von den Bewohner*innen der ebenfalls angrenzenden Vila Dique wurde bereits umgesiedelt. Die Bewohner*innen, von denen die meisten über 30 Jahre dort leben, möchten wohnen bleiben und berufen sich auf ihr de-facto vom Staat anerkanntes Wohnrecht. Sie sind jedoch Berichten zu Folge Bedrohungen und Einschüchterungen durch die Militärpolizei ausgesetzt. Zudem werden öffentliche Dienste wie die Asphaltierung von Straßen, die Unterhaltung von Schulen und staatlichen Gesundheitsposten zunehmend eingestellt. Bisher wurden den Bewohner*innen keine Dokumente vorgelegt, die ihnen die Notwendigkeit der Zwangsumsiedlung darlegt.

Nun ist der Konflikt in der an das Flughafengelände angrenzenden Vila Dique eskaliert. Die Baumaßnahmen für den Flughafen versperren Kindern den Schulweg. Sie müssten nun einen Umweg in Kauf nehmen, der anstatt 15 Minuten zu Fuß ganze 10 Kilometer lang ist oder die Benutzung sechs verschiedener Buslinien zum Fahrpreis von insgesamt 17 Reais (derzeit 3,80 €) erfordert. Die Kinder konnten tagelang nicht zur Schule gehen, was bei bestehender Schulpflicht in Brasilien Strafen für die Eltern nach sich ziehen kann. Protestierende Mütter wurden von der Militärpolizei festgenommen

und in Handschellen über ein Stunde festgehalten. Die Mütter sehen mit der Verhinderung des Zugangs ihrer Kinder zur Schule und zum örtlichen Gesundheitsposten eine schwerwiegende Verletzung ihrer Grundrechte¹⁷.

Weitere Details zu dem Fall liefert der KoBra-Artikel von Christian Russau: <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/firma-fraport-mauert-in-porto-alegre-gegen-kinder-auf-dem-weg-zur-schule>

Die FRAPORT AG ist auch seit dem 1. Januar 2018 Betreibergesellschaft des Flughafens Pinto Martins in Fortaleza mit einer Konzession auf 30 Jahre. Investitionen zur Erneuerung und Erweiterung der Infrastruktur des Flughafens wurden vereinbart. Vorgesehen ist ein Investitionsvolumen von 600 Millionen Reais (derzeit rund 135 Millionen Euro). 2016 wurden Proteste der Bewohner*innen des direkt an den Flughafen angrenzenden Wohngebietes Lagoa de Opaia bekannt. Sie wehrten sich gegen die drohende Zwangsumsiedlung, die Platz für die geplante Flughafenerweiterung schaffen sollte. Die schon seit vielen Jahren bestehende Siedlung ist sogar von der Stadt registriert. Im Jahre 2007 war die Urbanisierung der Lagoa de Opaia im Rahmen des Wirtschaftsbeschleunigungsprogramms PAC von der Bundesregierung unter Lula beschlossen worden.

Unterstützung für den Schutz ihrer Rechte in diesem Konflikt bekamen die Bewohner*innen von der Landesstaatsanwaltschaft. Wegen des anerkannten Rechtsanspruchs der Bewohner*innen, kann eine Umsiedlung nur mit Entschädigungszahlungen erfolgen. Bis dato erfolgte keine Umsiedlung¹⁸.

Weitere Informationen bietet Harald Stuntebecks Artikel für KoBra: <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/fraport-uebernimmt-flughafen-pinto-martins-in-fortaleza-ce-und-plant-den-ausbau>

Schwerpunkttthema: Das extreme Ausmaß der Gewalt

Das Netzwerk PAD (Processo de Articulação e Diálogo Internacional) hat einen Bericht veröffentlicht, der einen Überblick über das extreme Ausmaß der Gewalt im Land liefert. Nach Angaben der WHO gehört Brasilien mit durchschnittlich 30,3 Morden pro 100.000 Einwohner (Daten veröffentlicht im Mai 2018) zu den gewalttätigsten Ländern der Welt¹⁹.

Laut dem PAD-Bericht sind Menschen aller sozialen Schichten, ethnischer Herkunft, Geschlechter und allen Alters von der Gewalt betroffen. Verfügbare Statistiken zeigten jedoch, dass die Ärmsten besonders stark von der Gewalt betroffen sind.

Die Karte der Gewalt untersucht die Entwicklung durch Feuerwaffen hervorgerufener Todesfälle in Brasilien zwischen 1980 und 2014. Dabei wurden die Faktoren Geschlecht, ethnische Herkunft/ Hautfarbe und Alter wurden dabei berücksichtigt. Zur Karte: <https://www.mapadaviolencia.org.br/>

¹⁷ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/firma-fraport-mauert-in-porto-alegre-gegen-kinder-auf-dem-weg-zur-schule>

¹⁸ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/fraport-uebernimmt-flughafen-pinto-martins-in-fortaleza-ce-und-plant-den-ausbau>

¹⁹ <https://medium.com/@padbrazil/fim-do-mito-do-brasil-pac%C3%ADfico-fea4d6dfd93c>

Gewalt in den Städten

Brasilien weist die größte Anzahl von Städten im Ranking der 50 gewalttätigsten urbanen Gebiete der Welt auf. Bei der Auflistung handelt es sich um eine auf den Mordraten basierenden jährlichen Einschätzung, die im März von der mexikanischen CSO Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden veröffentlicht wird. Einige brasilianische Städte weisen bürgerkriegsähnliche Mordraten auf. 17 brasilianische Städte mit mehr als 300.000 Einwohner*innen finden sich in der Liste, angeführt von der mexikanischen Stadt Los Cabos (111,33 Morde pro 100.000 Einwohner*innen), gefolgt von Caracas (Venezuela) (111,19 Morde pro 100.000 Einwohner*innen).

An vierter Stelle liegt die brasilianische Stadt Natal (RN) mit 102,56 Morden pro 100.000 Einwohner*innen. Zum Vergleich: die WHO betrachtet Mordraten über 10 Morde pro 100.000 Einwohner*innen als Indikator für epidemische Gewalt.

Andere brasilianische Städte in dem Ranking sind Fortaleza (CE), Belém (PA), Vitória da Conquista (BA), Maceió (AL), Aracaju (SE), Feira de Santana (BA), Recife (PE), Salvador (BA), João Pessoa (PB), Manaus (AM), Porto Alegre (RS), Macapá (AP), Campos de Goycatazes (RJ), Campina Grande (PB), Teresina (PI) und Vitória (ES)²⁰.

Jugendliche werden besonders häufig Opfer von Gewalt in Brasilien. Demnach liegt bei Jugendlichen das Risiko ermordet zu werden doppelt so hoch wie beim Rest der Bevölkerung. Für die schwarze Bevölkerung ist das Risiko ermordet zu werden deutlich höher als für die weiße Bevölkerung - Mordrate: 40,2 pro 100.000 Einwohner*innen für Schwarze gegenüber 16 pro 100.000 Einwohner*innen für Weiße.

Gewalt gegen Frauen

Die Gewalt gegen Frauen steigt. Nach einer anhand offizieller Daten durchgeführten Studie des Web-Portals G1 von 2017 werden in Brasilien pro Tag im Durchschnitt 12 Frauen ermordet.

Zu den verschiedenen Formen von Gewalt, die Frauen häufig in ihrem Alltag erleiden müssen, zählen u.a. häusliche Gewalt, Vergewaltigungen, sexuelle Belästigung, Rachepornos. Die Benennung der verschiedenen Formen von Gewalt gegen Frauen hilft, sie in die öffentliche Debatte zu bringen. Nach Meinung der Managerin des UN-Programms Frauen in Brasilien, Joana Chagas fehlt es gegenwärtig in Brasilien an ausreichender Finanzierung für die Umsetzung effektiver Gesetze und politischer Maßnahmen, um gegen die Gewalt gegen Frauen vorzugehen²¹. Unter Berufung auf Daten der UN-Studie zu sozioökonomischen Bedingungen und häuslicher sowie familiärer Gewalt gegen Frauen, weist die UN-Mitarbeiterin darauf hin, dass sich Geschlechterungleichheiten für Frauen, die Gewaltvorfälle erlitten haben, verstärken.

2017 waren im Nordosten Brasiliens 27% der befragten Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren von häuslicher Gewalt betroffen. 17% der Frauen in der Region wurden schon mindestens einmal physisch angegriffen. Von den 10.000 Befragten sind ca. 600 während der Schwangerschaft angegriffen wurden. Von dieser Gruppe waren 77% schwarze Frauen.

Gewalt gegen Kinder

Eine Studie der Organisation World Vision, die die Wahrnehmung der Gesellschaft über Gewalt gegen Kinder und Jugendliche untersuchte, setzte Brasilien als gewalttätigstes Land an erste Stelle im

²⁰ <https://www.bbc.com/portuguese/brasil-43309946>

²¹ <https://nacoesunidas.org/onu-diz-que-falta-investimento-para-implementar-leis-contra-violencia-de-genero-no-brasil/>

Vergleich mit 13 Ländern Lateinamerikas. Die Studie berücksichtigte verschiedene Formen der Gewalt wie physischer und psychologischer Misshandlung, Kinderarbeit, frühe Verheiratung, Online-Gewalt und sexuelle Gewalt. In Brasilien sahen 13% der Befragten ein hohes Risiko für diese Praktiken im Land²².

Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen

Auch die Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen in den letzten Jahren in Brasilien bereitet Grund zur Sorge. 2016 und im ersten Semester des Jahres 2017 wurde alle 5 Tage mindestens ein/e Menschenrechtsverteidiger*in ermordet. Diese Daten liefert das Dossier „Ein Leben im Kampf_ Kriminalisierung und Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen in Brasilien“, welches im Juni 2017 vom Komitee der Menschenrechtsverteidigerinnen und –verteidiger Brasiliens herausgegeben wurde. Laut Dossier wurden allein im Jahr 2016 66 Menschenrechtsverteidiger*innen in Brasilien ermordet. Der größte Teil der Fälle ereignete sich in den Regionen Norden und Nordosten. Konflikte um Land waren die häufigsten Ursachen für die Ermordung der Aktivist*innen.

Das Dokument weist auch darauf hin, dass in urbanen Zentren eine eskalierende, naturalisierte Dynamik brutaler Gewalt verbreitet ist. Hinter diesen Angriffen stehen zumeist staatliche Akteure – die Polizei – und Milizen, die von großen Unternehmen bezahlt werden²³.

Gewalt gegen Indigene

Die Gewalt gegen indigene Völker hat alarmierende Ausmaße angenommen. Die Kirchliche Fachstelle für Indigene (CIMI) konstatierte für 2016: 735 Tode von Kindern unter 5 Jahren, 5.106 Suizide und 118 Morde an Indigenen in Brasilien. Brasiliens Regierung und Politiker*innen der Ruralisten-Fraktion können als Mitverantwortliche für das Ansteigen der Gewalt und Zunahme des Drucks auf Territorien traditioneller Völker identifiziert werden. Daten des CIMI-Berichts „Violence Against Indigenous Peoples in Brazil“ (Daten von 2016) belegen eine Zunahme schwerwiegender Formen der Gewalt und Rechtsverletzungen wie Kindersterblichkeit, Suizid, Mord, Unterlassung und Verzögerung der Ausweisung von indigenen Territorien im Vergleich zu den Daten des Vorjahres²⁴.

Gewalt gegen LGBT-Personen

Die Gewalt gegen die LGBT-Community hat ebenfalls zugenommen. Die Morde an LGBT-Personen ist laut Angaben im Bericht der Grupo Gay da Bahia (GGB) zwischen 2016 und 2017 um 30% gestiegen – von 343 auf 445 Tote. Der Bericht informiert, dass alle 20 Stunden eine LGBT-Person wegen LGBT-Phobie entweder umgebracht wird oder Suizid begeht. Mit diesen Zahlen liegt Brasilien an der Spitze im Ranking für diese Art von Verbrechen. Laut internationalen Menschenrechtsorganisationen werden in Brasilien mehr Homosexuelle ermordet als in den 13 Ländern des Westen und Afrikas, in denen LGBT-Menschen die Todesstrafe droht²⁵.

Die Exekution der Stadträtin von Rio de Janeiro und Menschenrechtsaktivistin Marielle Franco, die Untersuchungen zur Militärintervention im Bundestaat anstellte, sowie ihres Fahrers Anderson Gomes schockierte das Land und sorgte für internationale Reaktionen. Sechs Monate nach dem brutalen Mord bleiben nach Angaben von Amnesty International noch immer die wesentlichen

²² <https://www.noticiasominuto.com.br/brasil/575748/brasil-e-pais-mais-violento-para-criancas-na-america-latina>

²³ <https://terradedireitos.org.br/acervo/publicacoes/livros/42/vidas-em-luta-criminalizacao-e-violencia-contra-defensoras-e-defensores-de-direitos-humanos-no-brasil/22548>

²⁴ <https://cimi.org.br/observatorio-da-violencia/relatorio-2016/>

²⁵ <https://homofobiamata.files.wordpress.com/2017/12/relatorio-2081.pdf>

Fragen an die ermittelnden staatlichen Behörden unbeantwortet: Wer beging das Verbrechen? Wer ordnete es an?²⁶.

Polizeigewalt

Die Zahl der Menschen, die durch Polizeigewalt getötet wurden, ist laut Angaben des Gewalt-Monitors im Jahr 2017 gestiegen. Dagegen ist die Zahl der getöteten Polizeikräfte im gleichen Jahr um 15 % im Vergleich zu 2016 gesunken. So wurden 2017 landesweit 5.012 Menschen von Polizist*innen im Einsatz getötet. Das sind 790 Menschen mehr als im Vorjahr und bedeutet einen Anstieg um 19% bedeutet. 385 Polizeibeamte kamen 2017 im Einsatz zu Tode. Die Daten stammen vom Gewalt-Monitor, einer Kooperation zwischen dem Nachrichten-Portal G1, dem Forschungszentrum zu Gewalt der USP und dem Brasilianischen Forum für Öffentliche Sicherheit²⁷.

In Rio de Janeiro ist die Gewalt seit Beginn der Militärintervention angestiegen. Das Interventions-Observatorium, koordiniert vom Forschungszentrum für Sicherheit und Staatsbürgerschaft (CESeC) der Cândido Mendes Universität, hat einen Bericht zu den ersten beiden Monaten der Militärintervention veröffentlicht. In den Monaten Februar und März während der Militärintervention ereigneten sich 940 Morde im Bundesstaat Rio de Janeiro; 209 Zivilisten starben bei Polizeiaktionen; 19 Polizeibeamte wurden getötet; und bei 25 der 70 im Bericht untersuchten Einsätze wurde jemand getötet.

Religiöse Intoleranz

Angestiegen ist auch die Anzahl der Strafanzeigen von religiöser Intoleranz in Brasilien. Hassverbrechen beinhalten oft Zerstörung der religiösen Einrichtungen/Tempel und Angriffe auf Anhänger*innen von afro-brasilianischen Religionen wie Candomblé und Umbanda. Laut Angaben des Sekretariats für Menschenrechte, das mit dem Justizministerium verbunden ist, steigen die Anzeigen von religiöser Intoleranz jährlich und die Opfer sind mehrheitlich Praktizierende der Religionen afrikanischen Ursprungs. Das Dossier Religiöse Intoleranz, das von Koinonia – ökumenische Präsenz und Service entwickelt wird, enthält eine Karte, wo die registrierten Fälle religiöser In Brasilien aufgezeigt werden. Für weitere Informationen:

<http://intoleranciareligiosadossie.blogspot.com/>

Gewalt in Brasilien ist ein komplexes Verhaltensphänomen, das bis auf die historischen Wurzeln des Landes zurückgeht und alle Gesellschaftsschichten betrifft²⁸.

²⁶ <https://www.redebrasilatual.com.br/cidadania/2018/09/assassinato-de-marielle-e-anderson-completa-187-dias-sem-respostas>

²⁷ <http://especiais.g1.globo.com/monitor-da-violencia/2018/mortos-por-policiais-no-brasil/>

²⁸ <https://medium.com/@padbrazil/fim-do-mito-do-brasil-pac%C3%ADfico-fea4d6dfd93c>

Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales

Aktionen | Kampagnen | Veranstaltungen

Indigene Vertreter überreichen REPAM-Bericht über Menschenrechtsverletzungen im Amazonasgebiet

Treffen des Arbeitsbereichs Internationale Netzwerke des Panamazonischen Kirchlichen Netzwerkes REPAM, 17.- 19. September, Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Berlin.

Die Teilnehmenden Organisationen, darunter u.a. Adveniat, MISEREOR und Caritas International hatten die indigenen Vertreter José Horlando da Silva de Araujo vom Volk der Buritucupú (Maranhão) und Rosildo da Silva vom Volk der Jaminawa Arara (Acre) aus Brasilien eingeladen, um über Menschenrechtsverletzungen in den jeweiligen Territorien ihrer Völker zu berichten. Geladen waren auch hochrangige Vertreter der katholischen Kirche.

Am Nachmittag des 19. September wurde im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung ein „Regionalbericht über Menschenrechtsverletzungen im Amazonasgebiet“ des REPAM-Netzwerkes offiziell vorgestellt. Höhepunkt der Veranstaltung war die feierliche Übergabe des Berichtes durch die beiden indigenen Vertreter an Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn – Lateinamerika-Beauftragte im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Kardinal Cláudio Hummes – Präsident REPAM, emeritierter Erzbischof von São Paulo und Jean-Claude Hollerich – Präsident der Bischöflichen Kommission bei der EU COMECE, Erzbischof von Luxemburg. Unmittelbar nach der Veranstaltung reiste die REPAM-Delegation nach Brüssel zu Gesprächen mit der EU-Kommission.

„Der Regionalbericht über Menschenrechtsverletzungen im Amazonasgebiet“ von REPAM dokumentiert 13 Fälle von systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen verschiedene indigene Völker sowie „Campesinos“ (Kleinbauerinnen und Kleinbauern) und Ribereños (Flussanwohner*innen) in Kolumbien, Brasilien, Ecuador, Peru und Bolivien. Die Fallbeispiele untersuchen Zusammenhänge zwischen dem Recht auf Selbstbestimmung, auf Identität, auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und auf das angestammte Lebensumfeld. Auch die zunehmende Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen wird angesprochen. Der REPAM-Bericht schildert die Lebenswirklichkeit der Menschen, legt die Wechselbeziehung zwischen den verschiedenen Menschenrechten dar und enthält rechtliche Analysen.



Foto: José Horlando da Silva de Araujo berichtet über Menschenrechtsverletzungen

Der Finalteil des Berichts enthält konkrete Forderungen an die Politik – sowohl an die Regierungen der Amazonasregion als auch an die Herkunftsstaaten von im Bereich Rohstoffförderung und -verwertung tätigen Unternehmen.

Das Panamazonische Kirchliche Netzwerk REPAM sucht nach grenzüberschreitenden Antworten angesichts der fortschreitenden Zerstörung des Amazonasraumes und unterstützt Menschen vor Ort.

Bilingualer Podcast +1 C@fé: Zwischen Hass und Gastfreundschaft - Der Fall der Migrant*innen aus Venezuela in Boa Vista / Entre a fronteira do ódio e da receptividade

Die brasilianischen Behörden schätzen, dass mehr als 70000 Venezolaner*innen die Grenze überschritten haben, um nach besseren Lebensbedingungen zu suchen. Wenn sie in Brasilien ankommen, geplagt von Hunger und Armut, müssen die Venezolaner*innen täglich mit rassistischen und fremdenfeindlichen Angriffen fertig werden. Im letzten Monat hat Boa Vista eine heftige Welle von Angriffen gegen öffentliche Unterkünfte gesehen.

Für unser Programm sprachen wir mit Alba, einer Venezolanerin, die direkt mit venezolanischen Migranten in der Fraternidade sem Fronteiras arbeitet.

<https://mais1cafe.org/2018/09/18/de-zwischen-hass-und-gastfreundschaft/>

Brasilicum Nr. 249: Grenzverschiebungen - Ein Streifzug durch vernachlässigte Debatten und Räume



Während die Metropolen des Südostens ein hohes Maß an Aufmerksamkeit erfahren, wird anderen brasilianischen Millionenmetropolen, den wachsenden Mittelstädten sowie den vielfältigen anderen urbanen und ländlichen Räumen kaum Beachtung geschenkt. Ländliche Gemeinden mit stark landwirtschaftlicher Prägung liegen neben ausgedehnten Landstrichen, in denen kaum noch Menschen wohnen. Wo früher tausende Arbeiter*innen in der Zuckerrohrernte ihr kärgliches Auskommen fanden, stehen heute Eukalyptusplantagen die von großen Maschinen abgeerntet werden. Wo Mitte des 20. Jahrhunderts noch Indigene eine extensive

Landwirtschaft betrieben haben oder von Fischfang und Jagd lebten, erstrecken sich heute Sojaplantagen bis an den Horizont. Die Agrarindustrie und der Ausbau von Wasserkraft im Amazonasgebiet bedrängen die kleinbäuerliche Landwirtschaft, indigene Lebensformen, und traditionelle Gemeinschaften.

Die sozio-ökonomischen Realitäten spiegeln sich beispielsweise auch in der Entstehung neuer urbaner ländlicher Zentren des Agrobusiness wider, wie sie Martin Coy eindrücklich beschreibt. Dass Städte nicht isoliert von internationalen politischen Ereignissen existieren, zeigt der Beitrag von Stefani Rackes da Silva zur Situation venezolanischer Geflüchteter in Boa Vista, der Landeshauptstadt des Bundesstaates Roraimas sowie ein Beitrag von Lisa Krebs über die Initiative der Blue Communities, die derzeit in Kanada und der Schweiz entstehen und mittels Städtepartnerschaften auch brasilianische Kommunen erreichen. Die historische Prägung von Städten wird in dem Artikel von Dieter Gawora deutlich, der eine Klassifizierung von Städten im Amazonasgebiet vornimmt. Die urbanen Zentren als Sinnbild der Moderne stellt auch indigene Frauenbewegungen im Umgang mit der eigenen Identität und Lebensweise vor neue Herausforderungen: Stehen doch die urbanen

Räume im Widerspruch zur traditionellen indigenen Lebensform, während diese Räume zugleich neue Möglichkeiten der Mobilisierung und Identitätsfindung bieten

Die nächste Brasilicum erscheint als Doppelausgabe im Oktober 2018. Das Heft stellt gleichzeitig den Reader zur Fachtagung Runder Tisch mit dem Thema "Brasiliens Jugend - Mitreden und Zukunft gestalten".

Kommende Veranstaltungen

Brasilien: Demokratie in Gefahr! 27.09.- 5.11.2018

Gemeinsame Veranstaltungsreihe mit Gästen aus Brasilien von: Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Stiftung Umverteilen, Brasilien Initiative Berlin, FDCL, KoBra, Brasilien Initiative Freiburg, Arbeitskreis Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften Mannheim-Ludwigshafen, Lateinamerika-Forum/Foro de las Américas Berlin

Ex-Präsident Luiz Inácio Lula da Silva im Gefängnis und sein voraussichtlicher Ausschluss von den Präsidentschaftswahlen, die Ermordung von Marielle Franco, einer Abgeordneten aus Rio de Janeiro, die Militärintervention in Rio, eine umsichgreifende Gewalt, Korruptionsskandale, ein rechter und homophober Politiker mit der nach Lula höchsten Zustimmung in den Wahlumfragen und große Rückschritte im Umwelt- und Indigenenschutz: Wie ist die aktuelle Situation in Brasilien zu bewerten?

Wie ist es zu erklären, dass das einstige Hoffungsland in zwei Jahren derartige politische, wirtschaftliche und ethische Rückschläge erlitten hat? Was können fortschrittliche Kräfte tun, um das Schlimmste zu verhindern? Was wird aus den Reformen und Sozialprogrammen der Ära Lula/Rousseff? Was sind die Positionen und Bewertungen der sozialen Bewegungen, wie sehen kritische JournalistInnen und WissenschaftlerInnen die Situation in Brasilien? Und vor allem: Was sind die Perspektiven im Wahljahr 2018?

Programm der Veranstaltungsreihe: <https://www.fdcl.org/event/brasilien-demokratie-in-gefahr-2/>

Amazonien zerstört, Klimawandel verschärft- was tun Kommunen? 1.11., 18-22 Uhr, Berlin

Eine Veranstaltung des LAF Berlin, Misereor, Klima-Bündnis, Forum Umwelt & Entwicklung und Klimagerechtigkeit jetzt! in Kooperation mit der Stabsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf.

Das Bündnis europäischer Städte mit Völkern der Regenwälder ist heute wichtiger denn je“. Berlin ist seit 1991 Mitglied in diesem Bündnis. Doch ist Ihnen dieses Bündnis schon mal begegnet?

Zum Programm: <http://www.lateinamerikaforum-berlin.de/veranstaltung/amazonien-klimawandel-kommunen/>

Runder Tisch Brasilien 2018: „Jugend Brasiliens – Mitreden und Zukunft gestalten“, 16.-18.11. in Bonn

„Hoje a aula é na rua!“ – „Heute geht die Schulstunde/Univorlesung auf die Straße!“. Nicht nur die Juni - Proteste 2013 und Schul-besetzungen 2016 sondern auch das Wahljahr 2018 zeigen, dass junge Menschen demokratische Rechte zunehmend für sich einfordern. Um gehört zu werden, müssen sie für sich selbst sprechen. Ihre Stimme erheben sie auf der Straße oder über das Internet und die sozialen Medien.

Brasilien ist demografisch ein überwiegend junges Land. Derzeit leben 51,3 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren in Brasilien, davon 84,8% in Städten und 15,2% auf dem Land. Ihre Zahl ist groß und ihre Lebensformen sind vielfältig. Nicht alle Jugendlichen erhalten ausreichend Zugang zu Bildung. Finanzielle Ressourcen, Geschlecht, Herkunft und Hautfarbe bestimmen die Grenzen und Möglichkeiten. Gleichzeitig macht das unzureichende öffentliche Bildungsangebot Jugendlichen den Einstieg in den Arbeitsmarkt schwer. Die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch.

Durch Stigmatisierung und Diskriminierung als Täter*innen sind schwarze Jugendliche zudem in erhöhtem Maße Polizeigewalt ausgesetzt. Chancenlosigkeit, Benachteiligung und Angst vor Ausgrenzung führen zu Abwanderung und/oder zu Politisierung und Widerstand. Von der grassierenden sozialen Ungleichheit des Landes und den gegenwärtigen Sparmaßnahmen im öffentlichen Bereich ist die Jugend auf besondere Weise betroffen. Die Stiftung Abrinq belegt in einer Studie vom Mai 2018, dass 40% der unter 14-Jährigen in Armut leben. Besonders in marginalisierten Kontexten fühlen sich junge Menschen häufig nicht ausreichend politisch repräsentiert und gehört.

Auf der Fachtagung Runder Tisch Brasilien kommen junge Akteure zu Wort, die ihre Erfahrungen zu Meinungshoheit, demokratischen Rechten und politischer Mitgestaltung weitergeben. Wie kann die politische Erneuerung Brasiliens gelingen? Welche Rolle spielt die politische Partizipation von jungen Menschen bei der Gestaltung der Zukunft des Landes? Wie verarbeiten sie die Folgen vergangener politischer, sozialer und ökonomischer Umbrüche?

Außerdem werden die Ergebnisse der Wahl, Reaktionen und politische Schlussfolgerungen analysiert. Neben fachlichen Impulsen gibt es Gelegenheit für Diskussion, Vernetzung und Austausch. Die Tagung findet zweisprachig statt und wird simultan übersetzt. Eine Kinderbetreuung ist organisiert. Ein Markt der Möglichkeiten bietet Raum für eigene Angebote der Teilnehmer*innen.

Zum Programm: https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/runder-tisch-brasilien/rtb-2018/RunderTischBrasilien2018_Flyer.pdf